



## **Grußwort**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Beauftragter der Bundesregierung  
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**aus Anlass der Pressekonferenz zur Vorstellung der  
Ergebnisse der Erhebung  
„Status und Gebrauch des Niederdeutschen 2016“**

**am 13. Dezember 2016, 11:00 Uhr  
in der Leibniz-Gemeinschaft, Chausseestraße 111, 10115 Berlin**

Über Ihre Einladung, an der heutigen Pressekonferenz zur offiziellen Vorstellung der neuesten Umfrageergebnisse zur niederdeutschen Sprache teilzunehmen und bei dieser Gelegenheit ein Grußwort zu halten, bedanke ich mich sehr herzlich.

Nach meiner Bestellung als Beauftragter der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten vor etwa vier Jahren musste ich erst Einiges über die Regionalsprache Niederdeutsch lernen. Anders als bei den Sprachen der nationalen Minderheiten, die alle über eine Sprechergruppe mit Minderheitenstatus nach dem europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten verfügen, wird das Niederdeutsche zwar als Regionalsprache über acht Bundesländer verteilt gesprochen und ist als solche über die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützt, genießt aber keinen Schutz nach dem Rahmenübereinkommen. Vordergründig habe ich dem zunächst keine allzu große Bedeutung zugemessen. Ich ging davon aus, dass acht deutsche Bundesländer ja eine solide Basis für den Erhalt der Sprache bieten sollten.

Gleichwohl, ich lernte schnell dazu. Im Beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe wurde ich mit den Schwierigkeiten konfrontiert, mit denen die Sprechergruppe und das Institut für Niederdeutsch seit Jahren zu kämpfen haben. Neben der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts sind die koordinierenden Aufgaben über alle acht Länder hinweg eine zusätzliche Aufgabe. Das mit der vergleichsweise kleinen Mannschaft im INS zu bewältigen, war und ist eine tagtägliche Herausforderung. Dass dabei kompetent gearbeitet und hochwertige, allseits geschätzte Arbeit abgeliefert wird, verdient Dank und Anerkennung.

Nicht nur die UNESCO-Kommission hat Niederdeutsch bereits als bedrohte Sprache eingestuft. Auch das Expertenkomitee des Europarates, das regelmäßig die Umsetzung der von Bund und den Ländern übernommenen Verpflichtungen aus der Sprachencharta evaluiert, hat seit Langem ein besonderes Augenmerk auf das Niederdeutsche gerichtet und mahnt regelmäßig vermehrte Anstrengungen von Bund und Ländern an, den Erhalt der Regionalsprache zu gewährleisten.

Mit dem Institut für niederdeutsche Sprache hat die Regionalsprache Niederdeutsch vor über 40 Jahren eine institutionelle Heimat gefunden, auch wenn sie damals noch nicht als Regionalsprache bezeichnet wurde, da die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen noch nicht existierte.

Ohne das Institut - so wage ich zu behaupten - gäbe es das Niederdeutsche in der heutigen Form nicht mehr. In vielen Gesprächen mit dem Leiter des Instituts und dem dort verankerten Bundesrat für Niederdeutsch, in Sitzungen des Beratenden Ausschusses und zuletzt noch im Frühjahr dieses Jahres mit einem Besuch vor Ort konnte ich mich von der guten Arbeit des Institutes überzeugen. Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat mich tief beeindruckt. Ich empfinde es als eine großartige Leistung, was dort mit den im Vergleich zu anderen Minderheitensprachen zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet wird.

Regelmäßig hat es sich das Institut zur Aufgabe gemacht, Status und Gebrauch des Niederdeutschen beziehungsweise Plattdeutschen durch offizielle Umfragen zu erheben, so zuletzt durch Umfragen in den Jahren 1984 und 2007. Damit konnten Entwicklungen und Tendenzen identifiziert werden und entsprechende Schlüsse für die weitere Arbeit gezogen werden. Ich bin gespannt, was uns die aktuell vorliegende Umfrage an Ergebnissen liefern wird. Es ist gerade für eine Regionalsprache, die

über keine administrative Dachorganisation als zentrale Einrichtung verfügt, von großer Wichtigkeit, sich regelmäßig zu vergewissern, wie es um den Bedrohtheitsgrad der Sprache steht. Denn erst, wenn man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Sprache kennt, kann man ihre Förderung auch effektiv betreiben.

Ich danke dem Institut für Deutsche Sprache, mit dem das INS seit Jahren erfolgreich kooperiert, für seine fachmännische Begleitung der Erhebung und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Bundesmittel, die sie für die Umfrage im Wege der Projektförderung ausgereicht hat. Dieses war nur möglich, weil sich im November 2015 auf Initiative meiner Bundestagskollegin Frau Karin Evers-Meyer der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für eine Verstärkung der Förderung für die Niederdeutsche Sprache entschieden und damit ein deutliches politisches Signal ausgesandt hat, auch an die Bundesländer, in denen Niederdeutsch gesprochen wird.

Die Umfrage kommt zum richtigen Zeitpunkt. Sie alle wissen, dass die Zukunft des Instituts für niederdeutsche Sprache massiv gefährdet ist. Die vier Geberländer beabsichtigen, ihr Abkommen über die gemeinsame Finanzierung des INS zu kündigen. Ein neues Konzept zum Erhalt des Niederdeutschen wurde bisher nicht vorgestellt. Für mich ist es ein beispielloser Vorgang in der bundesdeutschen Verwaltungslandschaft, zunächst eine – nebenbei bemerkt seinerzeit unter erheblichen Anstrengungen und vom gemeinsamen politischen Willen des Bundes und der Länder ins Leben gerufene – Einrichtung in ihrer Existenz zu gefährden, ohne ausgereifte konzeptionelle Ideen für eine Neuausrichtung präsentieren zu können. Und dies alles ohne Beteiligung des Bundes, der über die Jahre hinweg die operativen Mittel für das Institut zur Verfügung gestellt hat, ohne Einbindung des Instituts und der Sprechergruppe und

ohne Information der anderen vier Sprecherländer, die auf die Unterstützung und Zuarbeit des Instituts angewiesen sind.

Am Rande sei erwähnt, dass diese Vorgehensweise vor dem Hintergrund der Verpflichtungen Deutschland nach der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bedenklich ist, nach der sich die Länder zur ‚Förderung...der Forschung im Bereich der Regional- oder Minderheitensprachen an Universitäten oder in gleichwertigen Einrichtungen‘ verpflichtet haben und die besagt, dass die Vertragsparteien ‚bei der Festlegung ihrer Politik ... die von den Gruppen, die solche Sprachen gebrauchen, geäußerten Bedürfnisse und Wünsche‘ berücksichtigen.

Ich vertraue darauf, dass die Ergebnisse der nun vorliegenden Erhebung dazu genutzt werden, um das Niederdeutsche zukunftssicher auszurichten, und zwar gemäß den Regelungen der Sprachencharta unter Einbeziehung der fachlichen Kompetenz des INS, und dass diese Ergebnisse von den Geberländern nicht unberücksichtigt bleiben wie zuletzt die konzeptionellen Vorschläge des INS zu seiner zukünftigen Struktur.

Nicht nur das INS selbst, auch der Bund, die vier anderen Sprecherländer und die Sprechergruppe Niederdeutsch sind an einem zukunftsfähigen Konzept für das Institut interessiert und bereit, an der Erarbeitung eines solchen mitzuarbeiten. Die bisher vage präsentierten Vorstellungen der vier Geberländer, eine Koordinierungsstelle einzurichten, reichen allerdings keinesfalls aus, die Vorgaben der Sprachencharta zu erfüllen und die Arbeit des Instituts aufzufangen. Das Niederdeutsche benötigt eine länderübergreifende Einrichtung, die die Sprache wissenschaftlich erforscht und diese durch geeignete Maßnahmen am Leben erhält. Das Institut und der dort verortete Bundesrat für Niederdeutsch sind nicht wegzudenken als belebendes Element über alle acht

Sprecherländer hinweg und als Ansprechpartner für die koordinierte Umsetzung der Verpflichtungen aus der europäischen Sprachencharta.

Mir als Beauftragtem der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten liegt die Zukunft des Instituts und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr am Herzen. Ich wünsche mir, dass die Arbeitsfähigkeit des INS für 2017 sichergestellt und zügig ein tragfähiges Konzept entwickelt wird, das die Zustimmung aller Beteiligten findet – und damit meine ich alle acht Sprecherländer, den Bund, das INS und den Bundesrat für Niederdeutsch. Das hat die Sprechergruppe Niederdeutsch, das haben insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts verdient. Meiner Unterstützung können sie auch weiterhin gewiss sein.